



INNENSTADT UND KULTUR / KREATIVWIRTSCHAFT

Gemeinsame Werkstattreihe von MIL, MWFK und MWAE

Teil 3: Werkstattveranstaltung am 25. November 2024

PLANEN UND GENEHMIGEN

Moderation: Claudia Mucha (Complan GmbH Potsdam)

Einführung in das Werkstatt-Thema: (Dr. Philip Riecken (MWFK), Stefan Bruch (MIL))

Herr Bruch (MIL) begrüßte alle Anwesenden, und insbesondere Frau Foge von der Kleinstadtakademie Brandenburg. Er hob die bunte Vielfalt des Teilnehmerkreises hervor und erläuterte das Konzept der drei aufeinander aufbauenden, inhaltlich miteinander verknüpften Werkstattveranstaltungen zum Thema „Innenstadt und Kultur/Kreativwirtschaft“ in der gemeinsamen Verantwortung der drei für Stadtentwicklung, Kultur und Wirtschaft verantwortlichen Landesressorts. Er betonte die damit verbundene Schaffung eines Diskursraums, der nicht nur für die Veranstaltung, sondern auch über den gesamten über das Jahr 2024 laufenden Prozess hinweg bestehen bleiben soll. Ziel sei es, in die praktische Umsetzung einzutauchen und im Ergebnis des Fachdiskurses mit der Praxis im Jahr 2025 wiederum gemeinsam einen Leitfaden für das Thema „Innenstadt und Kultur“ zu entwickeln. Die dritte Veranstaltung in der Reihe sei im Sinne einer „Werkstatt“ wieder als Mitmachformat gestaltet, bei dem die aktive Beteiligung der Teilnehmenden entscheidend ist.

Herr Dr. Riecken (MWFK) blickte auf die beiden zurückliegenden Veranstaltungen zurück und lobte die lebendige Diskurskultur der Teilnehmenden aus Kommunen, Verbänden, Agenturen, der Kreativwirtschaft sowie Institutionen aus den Bereichen Kultur, Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung. Dabei sei deutlich geworden, welchen Beitrag Kultur und Kreativwirtschaft für die Entwicklung und Belebung städtischer Räume leisten können. Er bezeichnete den eingeschlagenen Weg als richtig, wies aber auch auf die mit der Entwicklung und Integration neuer Nutzungen verbundenen Herausforderungen hin, beispielsweise in Bezug auf den Denkmalschutz. Er hob die Vielfalt des Praxisbezugs hervor und betonte, dass durch den breiten Kreis der Teilnehmenden ein wertvoller Fundus an Ideen und Ansätzen gesammelt werde. Abschließend betonte auch er, dass möglichst viele der in den Werkstätten besprochenen Inhalte in den geplanten Leitfaden des Landes einfließen sollen.

Keynote 1 – Carsten F. Hiller (IMPULS e.V.) Planung und Genehmigung von Events/Festivals

Carsten Hiller, Geschäftsführer des Impuls Brandenburg e.V. (Landesverband für Soziokultur, Populärmusik und Festivals), der im Potsdamer Rechenzentrum angesiedelt ist, beleuchtete in seiner Keynote den Schwerpunkt „Planung und Genehmigung von Events & Festivals“. Er zeigte zentrale Herausforderungen auf, vor denen kulturelle Zentren, Clubs und Festivals in Brandenburg stehen. Viele Events und kreative Ideen entstehen in bestehenden Einrichtungen wie Clubs und soziokulturellen Zentren, die jedoch zunehmend durch Lärmschutzaufgaben gefährdet sind. Ein Beispiel sei die Situation in Brandenburg an der Havel, wo strengere Lärmschutzaufgaben durch neuen Wohnungsbau die Existenz eines angestammten Veranstaltungsorts bedrohen.

Als weiteres Beispiel wurde das soziokulturelle Zentrum Freiland Potsdam benannt, welches ebenfalls von Einschränkungen des Betriebs durch Auflagen bedroht ist, weil der laute Straßenverkehr bereits hohe Vorbelastungen des Standorts verursacht und somit kaum Spielraum für kulturelle Veranstaltungen bleibt.

Franziska Pollin, stellv. Geschäftsführerin des ImPuls Brandenburg e.V., ging auf die speziellen Herausforderungen der Clubszene und Open-Air-Festivals ein. Besonders tieffrequente Bassgeräusche und der Schall, der außerhalb von Clubs durch offene Türen und Gespräche auf der Straße entsteht, sind im urbanen Raum problematisch. Hier seien bauliche Maßnahmen für die Veranstaltungsorte wie Schallschleusen dringend erforderlich. Es gelte, standortbezogene Lösungen zu finden und verschiedene Interessengruppen und Behörden an einen Tisch zu bringen, um konstruktive Ansätze zu entwickeln.

Auf gesetzlicher Ebene findet eine Zusammenarbeit des ImPuls Brandenburg und livekomm statt, die sich gemeinsam für die gesetzliche Grundlage von Kulturstätten einsetzen. Es gibt bereits Fortschritte, etwa die Anerkennung von (Musik)Spielstätten als Kulturstätten anstatt die Gleichsetzung mit Casinos etc., jedoch wird der Lärm von Kulturstätten heute noch gleichgesetzt mit Industrie- oder Gewerbelärm. Auf Landesebene wird die Anpassung der Freizeitlärmrichtlinie angestrebt, sodass Festivals statt der jährlich bisherigen 10 nun bis zu 18 Sondergenehmigungen erhalten können. Der ImPuls Brandenburg e.V. spielt eine wichtige Rolle, um diese Prozesse voranzutreiben und die Interessen der Kultur- und Kreativszene zu vertreten.

Keynote 2 - Andrea Nickisch (Netzwerk Zukunftsorte)

Projektentwicklung mit Fokus Bauen auf Objektebene

Andrea Nickisch vom Netzwerk Zukunftsorte gab in ihrer Keynote einen umfassenden Überblick über zentrale Aspekte der baulichen Projektentwicklung im Kontext der Aktivierung von Leerstand im Innenstadtbereich. Dabei betonte sie die Wichtigkeit einer gründlichen Bestandsaufnahme als Grundlage, einschließlich der Analyse von Kenndaten und des Objektzustandes. Essenzielle Schritte wie die Sicherstellung von Energie- und Wasserversorgung sowie die Einbindung geeigneter Fachplaner: innen wurden hervorgehoben. Als zentrale Maßnahmenswerpunkte nannte sie den Brandschutz, die Erfüllung denkmalschutzrechtlicher Vorgaben, die Barrierefreiheit sowie Regularien zur Emissionskontrolle.

Darüber hinaus rückte sie die Bedeutung eines nachhaltigen und nutzerorientierten Sanierungsansatzes in den Fokus. Dazu gehören die Verwendung ökologischer Baustoffe, Kreislaufwirtschaft und ökonomische Nachhaltigkeit ebenso wie die flexible Umnutzung von Gebäuden, beispielsweise für Zwischennutzungen oder Sondernutzungen. Schließlich unterstrich sie die Wichtigkeit effizienter Genehmigungsprozesse, die auf abgestimmten Strukturen zwischen Behörden und Projektakteuren beruhen. Bottom-linked-Ansätze sowie Eigenleistungen wie die sogenannte „Muskelhypothek“ seien ebenfalls wichtige Faktoren für den Erfolg solcher Projekte.

Kurzvorstellung von Projekten auf Quartiersebene aus Potsdam, Cottbus und Perleberg

Keynote 3 – Sabine Chwalisz (fabrik Potsdam e.V.)

Sabine Chwalisz präsentierte das internationale Zentrum für Tanz und Bewegungskunst, das seit 1998 in einem städtischen Gebäude in Potsdam untergebracht ist. Trotz EU-Fördermitteln und erfolgreich durchgeführten Sanierungsmaßnahmen steht das Projekt vor Herausforderungen wie der Genehmigung von Umnutzungen für einzelne Räume, Brandschutzauflagen und Stellplatznachweisen. Die Frage nach einfacheren Verfahren für in der Sache unproblematische Nutzungsänderungen wurde aufgeworfen. Ein weiteres Thema bei der Standortentwicklung war die Integration moderner Technologien wie Photovoltaik trotz denkmalschutzrechtlicher Einschränkungen.

Keynote 4 – Carolin Buttker, Max Heyde (Stadt Cottbus)

Max Heyde und Carolin Buttker aus dem Fachbereich Stadtentwicklung berichteten von einem Projekt zur Nutzung eines ehemaligen Speichergebäudes in der Nähe des Hauptbahnhofs. Die Bedeutung der freien Kulturszene als belebendes, mit Vielfalt verbundenes Element für die Stadtentwicklung wurde hervorgehoben. In der Praxis spielt die Zusammenarbeit zwischen Kulturszene, Clubkommission und der Stadtverwaltung eine wichtige Rolle für die

weitere Entwicklung der Kreativkultur. In der Praxis schwerwiegende Herausforderungen wie Lärmschutz, Baurecht und Nutzungseinschränkungen aufgrund des Schutzes empfindlicher Nachbarnutzungen wurden thematisiert. Unterstützt wird das Projekt im Speicherquartier durch Förderprogramme, beispielsweise aus dem Verfügungsfonds im Rahmen des ZIZ-Innenstadts Sonderprogramms.

Keynote 5 – Maria Pegelow (Elblandwerker)

Maria Pegelow, Landschaftsarchitektin und Mitglied der Kooperative Elblandwerker, stellte das Konzept der Verbindung von Kultur und Stadtentwicklung in Perleberg vor. Unter dem Motto „Steinernes Herz und grüne Lunge“ werden Projekte wie das Stadtlabor oder das Kulturkombinat als Bindeglieder zwischen Stadtverwaltung und Kultur eingesetzt. Der Erfolg solcher Projekte hängt von engagierten Menschen ab, die Leerstand mit neuem Leben füllen. Trotz bürokratischer und finanzieller Hürden sei die Pandemie für Kleinstädte wie Perleberg ein Motor für neue Ideen und Kooperationen gewesen.

Thementisch 1

Frau Pollin vom Landesverband für Soziokultur, Populärmusik und Festivals Impuls Brandenburg e.V. führte nach dem Impulsvortrag zum Beginn der Veranstaltung nochmals aus, dass die heranrückende Wohnbebauung für bereits bestehende Musikspielstätten, z.B. Clubs, Festivalgelände oder Veranstaltungsräume ein großes Problem darstellt. Anwohnerbeschwerden, die sich durch den Kulturschall (Lärm) belästigt fühlen, gefährden den Betrieb der Einrichtungen. Die Brisanz des Themas sei groß. Es müsse darüber diskutiert werden, wie man die verschiedenen Beteiligten gut zusammenbringt. Wie könne verhindert werden, dass jedes Wochenende der gleiche Anwohner die Polizei ruft? Wie schafft man es, dass Bewohner ihr Recht auf Ruhe bekommen?

Frau Pollin berichtete, dass viele Clubs von der Öffentlichkeit als nachteilig betrachtet werden, da sie nicht als (Hoch)Kulturstätte angesehen werden, die anders als öffentliche Kulturstandorte keinen Bestandschutz haben. Neuanwohner könnten gegen Lärmemissionen vorgehen. Darüber hinaus wird der Lärm dieser Musikspielstätten gleichgesetzt mit Industrie- und Gewerbelärm.

Die Live Musik Kommission e.V. (kurz LiveKomm) ist der Bundesverband der Musikspielstätten in Deutschland und repräsentiert mehr als 700 Musikclubs und Festivals in über 100 Städten und Gemeinden. Frau Pollin berichtete von einer bundesweiten Initiative, die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) zu ändern. Eine Änderung kann erst im Rahmen eines derzeit noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens mit Zustimmung des Bundesrats wirksam werden. Darum sei es wichtig, dass die Länder über die Problematik informiert sind. Dazu geführte Gespräche mit dem Umweltministerium waren bisher wenig erfolgreich. Frau Pollin forderte, dass das Thema auf die gemeinsame Agenda von unterschiedlichen Ministerien müsse. Sie wünschte sich eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe z.B. aus MWFK, MIL, MLUK.

Ziel sei es darüber hinaus, dass die Einrichtungen der freien Kultur / der Kreativwirtschaft städtebau- und immissionsschutzrechtlich als Kultureinrichtungen anerkannt werden. Dazu gehören Open Air Veranstaltungen, Festivals, usw., die bei der Genehmigung nicht als Kultur betrachtet werden. Diskutiert wurde, wie man den geschilderten Interessenkonflikt auflösen könne.

Frau Pollin berichtete von dem Bundesschallschutzprogramm der BKM, das Musikspielstätten und Clubs bundesweit erstmals die Gelegenheit bietet, dringlich benötigte Schallschutzmaßnahmen zu finanzieren, um Nachbarschaftsproblemen vorzubeugen und Schall-Konflikte in der Stadtentwicklung zu mindern. Das Programm hat ein Finanzvolumen i.H.v. 1,5 Millionen Euro für 2024 und 1,5 Millionen Euro für 2025 für alle Bundesländer, eine angesichts des hohen Bedarfs als deutlich zu niedrig zu bewertende Summe. Frau Pollin verwies darauf, dass es in Brandenburg Festivals mit 5.000-10.000 Besuchenden gebe. Ein Programm für Schallschutz sei dringend notwendig, z.B. zur Beschaffung von Lautsprecherboxen, bei denen Geräusche nur in eine bestimmte Richtung gehen. Dafür fehle aber aktuell das Geld.

Frau Pollin betonte, dass es unterschiedliche Ansprüche für verschiedene Formate gebe, einerseits Abendveranstaltungen, die regelmäßig stattfinden, andererseits mehrtägige Veranstaltungen, die nur ein oder zwei

Mal im Jahr stattfinden. Darüber hinaus gebe es je nach Art der Veranstaltung Unterschiede bei der Tiefenfrequenzbelastung (Bass).

Darum spricht sich Livekomm für eine Anpassung des Bundesimmissionsschutzgesetzes an die Belange von Musikclubs aus. Der Verband fordert, dass Musik - ähnlich wie bei Sport oder Kinderlärm - eine gesonderte Regelung außerhalb der TA Lärm erhalte, bspw. in Form einer „Kulturschallverordnung“ (Arbeitstitel). Diese solle u. a. neue Grenzwerte für Kulturveranstaltungen gemäß Geltungsbereich enthalten sowie eine Verpflichtung von Betroffenen zu passiven Schallschutzmaßnahmen. Aktuell wird ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. Es müsse zwischen Immissionen, die von der Betriebsstätte (Musik) bzw. durch den Publikumsverkehr ausgehen, unterschieden werden. Andere Bundesländer beteiligen sich an der Ausarbeitung – weniger gut finanzierte Landesverbände sind nicht so aktiv, Brandenburg hat gute Förderbedingungen in diesem Bereich (LV Impuls e.V.).

Frau Schmidt von der IHK Cottbus bestätigte, dass auch die IHK dabei sei, sich für die Überarbeitung der TA Lärm einzusetzen. Cottbus sei sehr aktiv in diesem Bereich, da es in der Vergangenheit zu nachteiligen Entwicklungen gekommen sei. Sie betonte, dass der Besucherlärm – z.B. auf dem Weg nach Hause – nicht vom besuchten Club beeinflusst werden könne. Es könne von den Veranstaltern lediglich auf die Lärmproblematik hingewiesen werden. Wichtig sei, wo gemessen werde. Darauf wolle die IHK einwirken. Frau Schmidt hielt Kommunikation für enorm wichtig. Die Bürger müssten mitgenommen und zur Beteiligung eingeladen werden.

Frau Hausding vom Bernauer Stadtmarketing bestätigte die Vorteile von aktiver Kommunikation zwischen den Akteuren bei Festivals, einschließlich der „Lärmbetroffenen“. Bernau arbeitet z.B. mit Gutscheinen, die in Anwohnerbriefkästen geworfen werden. Sie betonte, dass auf Einzelprobleme schnell reagiert werden müsse. Bei Festivals, die nur zweimal im Jahr stattfinden, sei das auch gut umsetzbar. In der Privatwirtschaft würden auch Hotelgutscheine für die Zeit des Festivals verteilt, ergänzte Frau Pollin.

Frau Kuntze, stellv. Bürgermeisterin von Herzberg, warf ein, dass es sich in einer Kleinstadt wie Herzberg oft eher andersherum verhalte. Die Nachbarn würden sich freuen, wenn „etwas los“ sei. Die Stadt will im Rahmen des Ankerpunktprogramms des MWFK in einem ehemaligen Schulgebäude eine Akademie für Populärmusik und Kulturelle Bildung aufbauen. Das Konzept für diesen kulturellen Ankerpunkt wird mit den Bürgern zusammen erarbeitet. So sei es möglich, die verschiedenen Perspektiven zu sehen. Über die Jahre soll ein Leitbild entwickelt werden, in dem kulturelle Veranstaltungen verankert sind. Dabei werden die Politik als Unterstützer, die Verwaltung als Berater und die Bewohner als Akteure gesehen. Sollten die Bewohner wegen zu hoher Belastungen protestieren, müsse man Lösungen suchen, die Veranstaltung an einen anderen Ort zu verlagern. Es gehe vor allem darum, Bewohner zu halten.

Frau Golüke vom Verein „Festival für Freunde“ berichtete von ihren Erfahrungen im ländlichen Dahnsdorf bei Bad Belzig. Dort veranstaltet der Verein regelmäßig ein viertägiges Theaterfestival auf einem ehemaligen Rittergut mitten im Dorf. Als Spielstätte diene ein alter LPG Kuhstall. Nach 10 Jahren der Durchführung habe das Festival ein gewisses Standing auch bei den „Betroffenen“. Außerdem mache ein Theaterfestival nicht so großen Lärm und sei zeitlich begrenzt. Die Veranstalter seien bemüht, die Lautsprecherboxen so zu drehen, dass die Beschallung sich nicht nach draußen richte, die Innenwände werden mit Schaumstoff ausgestattet. Alle werden miteinbezogen, alles ist generationsübergreifend angelegt. Die Feuerwehr hat einen eigenen Stand, die Bewohner machen das Essen, Jugendliche dürfen selber auflegen, es gibt Graffiti für Jugendliche. Die Menschen aus dem Dorf gestalten mit. Das schaffe Identifizierung mit dem Ort.

Herr Herrmann, Innenstadtmanager aus Oranienburg, berichtete, dass die Stadt mit einer ausgelagerten GmbH, die für Kultur zuständig ist, arbeitet. In der Innenstadt gibt es jährlich zwei große Festivals in der Zeit zwischen 17-23 Uhr. Darum sei die Problemlage hier eher klein.

Frau Golüke berichtete, dass sie in Bad Belzig einen ehemaligen Laden in der Innenstadt für Wohnzimmerkonzerte bis 22 Uhr nutze. Besuchende stehen davor, reden und rauchen. Das störe die Anwohner. Sie fragt nach Lösungen wie auch solche spontanen, kleinen Kreativorte in den leer stehenden Läden bestehen können angesichts von Nachbarschaftsbeschwerden.

Es wurde vorgeschlagen, Test-Bereiche zur Verfügung zu stellen, um die Reaktionen der Betroffenen eruieren zu können. Es wurde ein weiteres Mal betont, dass nur durch Kommunikation eine Lösung zu finden sei. Es müsse den Anwohnern gegenüber deutlich gemacht werden, dass durch Kultur in der Innenstadt Leerstand und Abwertung von Stadtquartieren verhindert würde.

Frau Schmidt berichtete aus ihren Erfahrungen in Frankfurt/Oder. Der Oberbürgermeister wollte die Jugend wieder in die Stadt bringen, aber die alte Generation war entsetzt, weil dadurch Lärm entstehen würde. Die Vorteile müssten sehr deutlich dargestellt werden, z.B. mit Grafiken und Zahlen: dieser Lärm sei nicht lauter als der durchfahrende LKW-Verkehr. Die Politik müsse den Protest ggf. auch aushalten. Hier bestehe eine Grauzone – der Bürgermeister müsse mit den sich beschwerenden Anwohnern sprechen. Durch Gesetze seien die Probleme nicht lösbar.

Frau Pollin ergänzte, dass man mit monetären Mitteln allein die Kommunikation nicht fördern könne. Landesverbände können an Änderung von Richtlinien arbeiten und Probleme mit Behörden lösen.

Vorgeschlagen wurde die Einbindung von City-Managern als Bindeglied zur kommunalen Verwaltung. Dafür sei jedoch eine längerfristig angelegte Finanzierung nötig, damit die Person Vertrauen in dem vielfältigen Adressatenkreis aufbauen könne. In manchen Städten gebe es speziell für das Kulturmanagement auch Nachtbürgermeister.

Zusammenfassend sind die Lösungsvorschläge folgende:

- Bestandschutz für die Kultureinrichtungen verbessern
- Kommunikation zwischen den Akteuren und mit den Betroffenen
- Auskömmliches Förderprogramm für Schallschutz-Investitionen.
- Leitbild Kultur mit Bürgern, Kultur, Verwaltung und Politik zusammen entwickeln, um Beschwerden zu reduzieren (gutes Mittel für kleine Städte, stärkt auch die Identifikation mit dem Ort)
- Livekomm: arbeitet an Club- und Kulturkataster – eingetragene Kulturstätten mit geprüften Bestandschutz

Thementisch 2

Im Rahmen der Diskussion am zweiten Thementisch wurden zahlreiche Herausforderungen und Lösungsansätze zur Entwicklung und Förderung öffentlicher Kulturinfrastrukturen in Innenstädten erörtert. Frau Buttke (Cottbus) und Herr Mann (Luckenwalde) eröffneten die Debatte mit spezifischen Problemen, die in ihren Städten bestehen. Frau Buttke betonte, dass Kulturprojekte oft einen langen Atem benötigen, um sich gegen Hürden wie Lärmschutzregelungen (z. B. TA Lärm) durchzusetzen. Die Stadt Cottbus sucht nach Zwischenlösungen für temporäre kulturelle Nutzungen, sieht sich jedoch Konflikten zwischen Wohnraum und kulturellen Aktivitäten gegenüber.

Herr Mann hob die Bedeutung der Bauvorhaben im Rahmen von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen hervor, bei der die Stadt mit kleinteiligen Vorhaben Wege für Kulturnutzungen ebnet, oft in gemischten Quartieren mit Wohn- und Gewerbeanteilen. Bei der Standortentwicklung sei eine Vermittlung zwischen Stadt, Eigentümern und Kreativen notwendig, da die Letztgenannten häufig nicht die Eigentümer der genutzten Objekte seien. Da Altnutzungen leerstehender Bauten meist baurechtlich erloschen seien, könnten sich Kulturakteure nicht auf Bestandschutz berufen und ständen vor neuen Genehmigungsverfahren. Dabei wurde die Problematik der Verkehrsströme zu den einzelnen Kulturstätten diskutiert; insbesondere bei Nachtclubs und Bars erweise sich die von den Besucherinnen und Besuchern erzeugte Lärmkulisse oft als problematischer als die Veranstaltungen selbst.

Herr Franke (Potsdam, Untere Bauaufsichtsbehörde) brachte die Perspektive einer Stadt ein, in der beim erreichten Stand der städtebaulichen Entwicklung in der Innenstadt und deren Randgebieten nahezu kein Leerstand existiert, was kulturelle Projekte auf etablierte Orte wie die Schiffbauergasse beschränkt. Spontane Events ohne behördliche Absprache stellen eine Herausforderung dar, da sie häufig Lärmbeschwerden nach sich ziehen, auf die die Bauaufsicht nachträglich reagieren muss. Frau Chwalisz (Fabrik Potsdam e.V.) wies am Beispiel Potsdam -

Schiffbauergasse auf die Notwendigkeit verlässlicher Verfahren und entsprechend erteilter Zustimmungen hin, um sicherzustellen, dass Veranstaltungen, die alle formalen Auflagen erfüllen, nicht durch rechtliche Anfechtungen behindert bzw. mit unerwarteten Bußgeldern belegt werden.

Ein zentrales Thema war die rechtliche und planerische Integration von Musikclubs und ähnlichen Kulturstätten mit entsprechend hohen Lärmemissionen. Frau Liebich (MIL) verwies auf den (aktuell nicht im Gesetzgebungsverfahren befindlichen) neuen Entwurf der TA Lärm, der experimentelle Regelungen vorsieht, um Kultur und Wohnen besser miteinander in Einklang zu bringen. Im Zusammenhang damit steht auch die diskutierte Schaffung einer spezifischen Nutzungskategorie für Musikclubs, die von der klassischen Vergnügungsstätten-Kategorie im Bauplanungs- und Immissionsschutzrecht abweicht. Die jetzt bereits vorhandenen Möglichkeiten der städtebaulichen Planung sind für die Standortsicherung von Kulturnutzungen durchaus anwendbar und an die Kommunen wurde appelliert, diesen Weg zu beschreiten und den Planungsprozess für einen Dialog zwischen Betroffenen und Projektträgern zu nutzen. Herr Hiller betonte, dass es zu einer Novelle der TA Lärm noch Dissense seitens der Kulturwirtschaft gibt. Vor allem private Kulturstandorte seien von der schwierigen Rechtslage betroffen, öffentliche Kulturstandorte hingegen weniger. Herr Hiller sprach sich für ein „Kulturkataster“ aus, um in der jeweiligen Kommune subkulturelle Räume sichtbar zu machen und langfristig zu sichern sowie besser in die städtebauliche Planung für die jeweilige Innenstadt bzw. das Stadtquartier einzubeziehen.

Im weiteren Verlauf wurde auch die Rolle der kommunalen Verwaltung als Impulsgeber und Begleiter der Kulturakteure thematisiert. Frau Buttke betonte die Wichtigkeit einer zielgerichteten Kommunikation der Stadtverwaltung mit Clubbetreibern, um deren Verständnis für notwendige rechtliche und formelle Auflagen zu fördern. Dabei müsse die Stadtpolitik „mitgenommen“ werden: Das Verständnis für den Wert einer lebendigen Kulturszene für die gesamte Stadtentwicklung sei noch nicht durchgängig vorhanden. Die Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) wurde ebenfalls als wichtiges Instrument zur Unterstützung der Kulturstandortentwicklung hervorgehoben. Darüber hinaus wurde über den Wert einer neutralen Koordinierungsstelle zwischen Verwaltung und Kulturschaffenden diskutiert, um den Austausch zwischen beiden Partnern der Innenstadtentwicklung zu fördern. Frau Buttke brachte das Konzept eines „City Management -Lokals“ ins Gespräch, wo auch Anwohnerinnen und Anwohner sowie Kulturnutzende aktiv mitwirken können.

Frau Pegelow (Perleberg) verwies auf die Möglichkeit eines städtischen Masterplans zur frühzeitigen Identifizierung von Potenzialflächen für Kulturprojekte. Perleberger Erfahrungen zeigen den erfolgreichen Aufbau eines „Stadtlabors“ im Rahmen des Sonderprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ (ZIZ, 2021- 25). Das hier entstandene Netzwerk hilft bei der Bewältigung von Konflikten zwischen „Kultur“ und anderen stadtpolitischen Belangen. Frau Hubrich (DSK / Forst) wies darauf hin, dass fehlender kommunalpolitischer Rückhalt für Jugendhäuser und andere kulturelle Räume in kleineren Städten die örtliche Kulturszene deutlich schwächen oder sogar auslöschen könne. Für die Landeshauptstadt Potsdam betonte Herr Franke, dass das Thema „Kultur“ in der internen Verwaltungsarbeit sehr präsent sei, das Thema Denkmalschutz nicht als Hemmnis zu sehen sei und auch der Umgang mit den Kulturakteuren tendenziell professioneller werde. Dies gelte auch mit Blick auf die bei den jeweiligen Bauvorhaben tätigen Ingenieure und Architekten. Für ein Vorhaben im Potsdamer Stadtteil Rehbrücke unterstrich Herr Bednasch (MIL) die Bedeutung von professionell erarbeiteten Nutzungs- und Umbaukonzepten als Grundlage für den Dialog zwischen Antragstellern und Behörden und als wichtige Unterstützung für die in fachlichen Fragen meist unerfahrenen Akteure. Allgemein wurde die in Potsdam bewährte Praxis der professionellen Bauplanung und -betreuung und der guten Zusammenarbeit der Akteure als hilfreiches Muster auch für die Kulturstandortentwicklung in anderen Regionen bzw. Kommunen bewertet. Entsprechende „Übersetzungsleistungen“ seien daher notwendig.

Davon ausgehend diskutierten die Teilnehmer über den erwarteten Wert eines vom Land erarbeiteten „Leitfadens Kultur“, der den betroffenen Kulturakteuren helfen soll, Genehmigungsverfahren besser zu verstehen und bürokratische Hürden zu überwinden. In diesem Zusammenhang wurde die koordinierende Aufgabe der Kommunalverwaltungen sowie die Bedeutung von Förderprogrammen für Kulturvorhaben und deren notwendige Transparenz und Verständlichkeit betont. Frau Chwalisz schlug vor, Checklisten und unterstützende Materialien für Veranstalter zu entwickeln, um den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Herr Bednasch unterstrich zudem, dass unterstützende Maßnahmen wie Investitionshilfen im Kulturbereich stärker in den Fokus gerückt werden sollten. Mit Blick auf das Bundesonderprogramm „ZIZ“ wurden die Praxiserfahrungen mit der Förderung von

nichtinvestiven (Planungs-, Beratungs- und Steuerungs-) Vorhaben als sehr positiv bewertet. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit einer Anschlussfinanzierung der in ZIZ begonnenen Prozesse betont, die über Regelprogramme der Städtebauförderung vorstellbar sei, wenn entsprechende Weichenstellungen von Bund und Land erfolgen. Denn die kommunale Finanzlage stehe in vielen Fällen einer Fortführung von Innenstadtprojekten ohne öffentliche Förderung entgegen.

Am Thementisch wurden außerdem folgende Anforderungen an den geplanten Leitfaden formuliert:

- Teilhabe und Barrierefreiheit als wichtige Anforderungen an innenstädtische Kulturnutzungen berücksichtigen
- Bei allen Handlungsempfehlungen sollen die Unterschiede zwischen Stadt und Land (bzw. großen und kleineren Kommunen) berücksichtigt werden.
- Es braucht kreative Lösungen für multifunktional ausgerichtete Projekte, dazu muss die Expertise der Entwurfsverfasser (Ingenieure / Architekten) genutzt werden.
- Das (kreative) Handwerk ist eine weitere Innenstadtfunktion, die in die Standortentwicklung einbezogen werden sollte.
- Praxisbeispiele, die eine Nachahmung ermöglichen, sind wichtig.
- Rechtliche Klarheit ist erforderlich: So gelingt es, die „Bremsen nicht bremsen zu lassen“

Insgesamt zeigte die Diskussion deutlich, dass ein integratives und kooperatives Vorgehen aller Beteiligten – von Kulturschaffenden über Verwaltungsmitarbeitende bis hin zu Fördermittelgebern – erforderlich ist, um erfolgreich den Herausforderungen im Bereich der Kulturinfrastrukturentwicklung zu begegnen

Thementisch 3

Der dritte Thementisch hatte die Objektebene im Fokus und widmete sich vor allem der Frage, wie kulturelle Nutzungen und die Entwicklung von Leerständen miteinander in Einklang gebracht werden können. Ein zentrales Thema ist dabei der Konflikt zwischen kulturellen Nutzungen und der schützenswerten Wohnnutzung auf Objektebene, insbesondere in Bezug auf Lärmemissionen. Hier wurde betont, dass es nicht immer „Schwarz-Weiß-Lösungen“ geben müsse in Bezug auf die Grenzwerte der TA-Lärm. Vielmehr könne ein umfassender Kommunikationsprozess helfen, um für die Belange anderer Interessengruppen zu sensibilisieren, ein gemeinsames Verständnis zwischen den Beteiligten zu fördern und schließlich „kleine“ Kompromisse herbeizuführen. Es wurde auch diskutiert, dass eine stadträumliche Trennung das Konfliktpotenzial zwar mindern würde, aber dies im Sinne einer nutzungsgemischten Innenstadt nicht zielführend sei. Eine bessere Kommunikation und ein Aushandlungsprozess zwischen der Verwaltung und den verschiedenen Interessengruppen sei daher anzustreben.

Die Diskussion verdeutlichte außerdem, dass Nutzer:innen bzw. Kulturakteure weniger vertraut sind mit baurechtlichen Regelungen und dass die Verwaltung daher in der beratenden und vermittelnden Rolle gefordert ist. Ein Beispiel aus Perleberg machte u.a. deutlich, dass die Denkmalschutzaufgaben für private Eigentümer:innen eine große Hürde darstellen. Während der Pandemie war die Kommunikation erschwert und viele kleinteilige Anforderungen führten zu erheblichen Verzögerungen des Sanierungsprozesses. Eine zentrale Anlaufstelle oder eine stärkere Digitalisierung der Prozesse wurde als hilfreich erachtet, um Zeitverluste zu verringern. Es wurde erwähnt, dass das Netzwerk Zukunftsorte in Brandenburg eine zentrale Vernetzungsstelle erproben möchte, um Digitalisierung und Beschleunigung solcher Prozesse zu fördern. Aus Cottbus wurde eingebracht, dass auch innerhalb der örtlichen Verwaltung eine enge vernetzte Zusammenarbeit wichtig und erstrebenswert sei. Denn in den Kommunen fände der Austausch zwischen Bauverwaltung und dem Kulturamt statt und bringe Kulturprojekte sichtlich voran.

Die Teilnehmenden tauschten sich auch zur Verfügbarkeit und der Akquise von Fördermitteln aus. Es wurde festgestellt, dass Fördermittel prinzipiell verfügbar seien, jedoch der bürokratische Aufwand durch fehlende Digitalisierung und geringe personelle Ressourcen in den Kommunen eine erhebliche Herausforderung darstellten. Dabei wurde die Rolle der Sanierungsträger als zentrale Ansprechpartner:innen diskutiert. Auch wurde über die Möglichkeit regionaler Ansprechpartner:innen auf Kreisebene oder dezentraler „Lotsen“ auf lokaler Ebene (z.B.

Citymanagement) gesprochen, um Prozesse zu vereinfachen und ggf. durch externe Lösungen die kommunale Personalstruktur zu entlasten.

Als nächstes wurde die Frage in den Raum gestellt, ob eine schrittweise Entwicklung/Sanierung von Objekten gelingen könne, um sie bereits frühzeitig – wenn auch nur temporär – einer kulturellen Nutzung zuzuführen. Temporäre Ansätze, wie die Genehmigung von Zwischennutzungen oder der Einsatz von Containern für kulturelle Einrichtungen, könnten helfen, Projekte trotz hoher Auflagen umzusetzen. Hier scheiterte es jedoch oft an den Anforderungen des Brandschutzes oder fehlender Sanitäranlagen. Klargestellt wurde zudem, dass die kommunale (Voll-)Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden im Sinne von „Ordnungsmaßnahmen“ nicht dafür vorgesehen sei, gesicherte Gebäude bereits einer Nutzung zuzuführen, sondern lediglich die Gebäude vor dem vollständigen Verfall retten solle. Es gebe jedoch alternative Förderangebote im Rahmen der Städtebauförderung, allerdings mit höherer Bauherrenbeteiligung.

Kritisch betrachtet wurden starre und hohe Auflagen hinsichtlich der Bereitstellung von Stellplätzen. Es wurde diskutiert, wie kreative Lösungen für den Besucherverkehr entwickelt werden könnten, um Konflikte zwischen städtebaulichen Anforderungen und kulturellen Projekten zu lösen. Für Prenzlau wurde die Mehrfachnutzung eines Parkplatzes mit zeitlicher Staffelung als gutes Beispiel benannt. So konnten die von verschiedenen Nutzungen geforderten Parkplatzflächen rechnerisch zusammengelegt und so faktisch reduziert werden. Dafür war lediglich eine Beschilderung der zeitlichen Staffelung notwendig.

Im Weiteren tauschten sich die Teilnehmenden noch einmal intensiv über Leerstandaktivierung aus. Für denkmalgeschützte leerstehende Gebäude wurde vorgeschlagen, Förderprogramme zu nutzen, die Eigentümer:innen in frühen Planungsphasen von öffentlicher Seite unterstützen, bevor konkrete bauliche Maßnahmen umgesetzt werden. Gleichzeitig sollten Leerstand-Matching-Programme dazu beitragen, kulturelle Initiativen und geeignete Räume zusammenzubringen. In diesem Zusammenhang wurde das Modell der Wächterhäuser erwähnt. Hierbei wird angestrebt, dass leerstehende Häuser von „ratlosen“ Eigentümer:innen mit kreativen Nutzer:innen auf der Suche nach Flächen für ihre Ideen zusammenfinden. Auch das Erbbaurecht oder multifunktionale Nutzungsmodelle, wie sie von der Deutschen Bahn verfolgt werden, bieten Ansätze für die Aktivierung von Immobilien. Über die Städtebauförderung gibt es die Möglichkeit, eine Variantenuntersuchung im Sinne eines „Grobchecks“ für potenzielle Nutzungen durchzuführen. Ziel dieser öffentlichen Unterstützung ist es, für Objekte, für die keine Nutzungsabsicht besteht, Ideen zu finden und somit dem/der Eigentümer:in einen Anreiz für die Sanierung und Aktivierung ihres Gebäudes zu bieten. Weitergehend wurde sich darüber ausgetauscht, welche Gebäude sich besonders für eine kulturelle (Nach)nutzung eignen. Benannt wurden u.a. alte Schulgebäude, Kirchen oder Bahnhofsgebäude.

Es wurde betont, dass bei der Nachnutzung kultureller Einrichtungen immer auch der Dialog mit Kommunalpolitikern entscheidend ist, um politische Begleitung und Unterstützung sicherzustellen. Beispiele wie Prenzlau, wo der Verkauf von Gebäuden mit der Bedingung der Akzeptanz einer kulturellen Nutzung in der nahen Umgebung verknüpft wurde, zeigen, wie Kommunen proaktiv Einfluss auf die Entwicklung nehmen könnten. Abschließend wurde auch das Bundessonderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ diskutiert, das bis Ende 025 läuft. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie die bisherigen Erfolge und aufgebauten Strukturen (z.B. : Innenstadtmanagement) nach dem Auslaufen des Programms nachhaltig gesichert und weitergeführt werden können, z.B. in den Regelprogrammen der Städtebauförderung.

Insgesamt wurde deutlich, dass erfolgreiche Projektentwicklung auf einer engen Verzahnung von Verwaltung, Nutzenden und politischen Akteuren sowie auf flexiblen Ansätzen beruht. Besonders wichtig würde dabei die gezielte Unterstützung drei zentraler Gruppen sein: Eigentümer:innen, die ihre Gebäude weiterentwickeln oder aktivieren möchten und dabei auf verwaltungsrechtliche Hürden stoßen, Kulturakteure mit innovativen Ideen, sowie Akteure, die sich auf das „Leerstandmatching“ konzentrieren, um ungenutzte Gebäude mit kreativen Nutzungen zu verbinden.

Abschlussworte: (Dr. Philip Riecken (MWFK), Katharina Burkardt (MIL))

Frau Burkardt bedankte sich mit Blick auf den Gesamtprozess herzlich für die Teilnahme an den drei Werkstätten, in denen zahlreiche Facetten praxisorientiert beleuchtet, Fragen diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet wurden. Besonders hob sie die Bedeutung von Kommunikation hervor, deren Funktion als Schlüssel für den Erfolg von

Projekten immer wieder deutlich wurde. Sie betonte den Bedarf einer dezentralen Anlaufstelle auf der Ebene der Kommune, die als Vermittlungsinstanz zwischen den Akteuren dienen könnte, um Grundideen zu entwickeln und in konkrete Projekte zu überführen. Auch die Entwicklung von örtlichen Leitbildern wurde als essenziell herausgestellt, da auf beiden Seiten – sowohl bei der Verwaltung als auch bei den Projektinitiator:innen – ein großer Bedarf besteht, um Vorhaben erfolgreich umzusetzen. Frau Burkardt zeigte sich optimistisch, dass der aus der Zusammenarbeit der drei Fachressorts entstehende Leitfaden des Landes bei diesen Herausforderungen eine wertvolle Unterstützung bieten wird. Abschließend wies sie auf den dritten landesweiten Wettbewerb des „Bündnisses lebendige Innenstädte“ hin, der in 2025 ausgelobt wird und inspirierende Projekte bekannt machen und weiter fördern soll.

Herr Dr. Riecken zeigte sich erfreut, bei den Werkstätten sowohl vertraute als auch neue Gesichter begrüßt zu haben, was den Austausch sehr bereichert habe. Er betonte, dass durch die gemeinsamen Bemühungen eine starke Grundlage geschaffen wurde, um ein nachhaltiges Netzwerk im Themenfeld Stadtentwicklung und Kultur/ Kreativwirtschaft aufzubauen. Der Prozess sei jedoch noch nicht abgeschlossen: In der kommenden Konzeptionsphase des Leitfadens sollen – vorbehaltlich der Entscheidungen über den Landeshaushalt - die gewonnenen Erkenntnisse zu Herausforderungen und Lösungswegen weiter gesammelt und konkretisiert werden. Herr Dr. Riecken blickte optimistisch auf das nächste Jahr, in dem der Leitfaden des Landes erstellt werden soll. Dabei sollen die Teilnehmenden erneut aktiv eingebunden werden, um Feedback zum entstehenden Leitfaden zu geben und in der Entwurfsphase gemeinsam abzurunden.

Potsdam, Dezember 2024 (MIL 22/ MWFK 31)

